Nummer 179

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Goldpfennig. 69. Jahrgang Dienstag, 15. April 1924

Koch & Seeland Herren- und Damen-Stoffe Bekleidung Gertraudenstr. 20/21.

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten, „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman, sowie „Das Leben im Bild", illustrierte Wochenbeilage, und „Heitre Welt", humoristische Wochenbeilage

Telegramm-Adr.: „Börsenkrone" | Postscheck-Konto: Berlin 26412

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Lynk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Köppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37
Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten.

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 0,90 Goldmark, Stellungsuchende 0,40 Goldmark, Reklamezeile 4,50 Goldmark. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Goldmark. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal, Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure, unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im II. Quartal 1924 für Amerika 9 Dollar, Frankreich 175 französ. Francs, Belgien 200 belg. Francs, Schweiz 50 schweizer. Francs, Holland 22,50 holländ. Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 35 schwedische Kronen, Norwegen 60 norweg. Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Peletas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat April 1924 nach Oesterreich 200 000 österreichische Kronen, Ungarn 100 000 ungarische Kronen, Polen 20 000 000 polnische Mark, Litauen 20 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Für Manuskr. übernimmt der Verlag keine Verantwortung | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Unverlangt eingesandt. Manuskr. ist Rückporto beizufügen

„Weitestgehende Einmütigkeit".

Reichskabinett und Ministerpräsidenten zum Gutachten.

Das Reichskabinett hat über die Gutachten der Sachverständigen mit allen Staats- und Ministerpräsidenten der Länder eingehende Beratungen gepflogen, in denen sich in den wesentlichsten Punkten weitestgehende Einmütigkeit ergab. Der Beschluß des Reichskabinetts ist heute zu erwarten.

Wie bereits mitgeteilt, waren die Verhandlungen am Montag mittag gegen 1 Uhr abgebrochen, da mehrere Kabinettsmitglieder an der Beisetzungsfeier für Stinnes teilnahmen. Die Beratungen wurden gegen 8 Uhr wieder aufgenommen und in den Abendstunden zu Ende geführt. Ueber ihren Verlauf hört man, daß der Reichskanzler und der Außenminister Dr. Stresemann einen Ueberblick über die Entwicklung der ganzen Angelegenheit gaben, sowie die Auffassung der Reichsregierung zu den in den Gutachten behandelten Problemen eingehend darlegten. An diese Ausführungen schloß sich eine längere Aussprache. Auf Grund der Beratungen sowie der in Aussicht genommenen Besprechung der Reichsregierung mit den Führern der politischen Parteien, die teils erst noch im Laufe des Dienstags erfolgt, wird dann das Kabinett seine Entscheidung so rechtzeitig treffen, daß der von der Reparationskommission angegebene Termin des 17. April für die Bekanntgabe der deutschen Stellungnahme rechtzeitig eingehalten werden kann. Eine Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages ist nicht beabsichtigt.

Belgiens Meinung: Brauchbare Grundlage.

Brüssel, 14. April.

Der Ministerrat prüfte heute den Bericht des Sachverständigenkomitees und erachtete ihn als brauchbare Grundlage für eine billige und praktische Lösung der Reparationsfrage.

England will keine Abänderung des Gutachtens.

London, 14. April.

Ein Sonderberichterstatter des „Manchester Guardian" schreibt, die Aussicht auf eine Reparationsregelung infolge des Sachverständigenberichtes werde ein wenig verdunkelt durch eine überraschende Entwicklung, die in der französischen öffentlichen Meinung stattgefunden habe. Es werde in London nicht verheimlicht, daß diese Entwicklung als beunruhigend angesehen werde. Die französische Presse mache, offenkundig inspiriert vom Quai d'Orsay, Andeutungen über Abänderungen der Sachverständigen-Pläne. Es heiße, daß die Klausel, in der der Bericht als unteilbares Ganzes bezeichnet wird, in der französischen Fassung fortgelassen worden war und erst wieder eingefügt wurde, als die britischen und amerikanischen Sachverständigen ihrer Ueberraschung „in beträchtlicher Stärke" Ausdruck gegeben hatten. Der Berichterstatter meint, die britische Regierung werde unter keinen Umständen einer Abänderung des Sachverständigenplanes zustimmen, und es bestehe alle Wahrscheinlichkeit, daß die amerikanische Regierung sich auf denselben Standpunkt stellen werde. Die Franzosen beabsichtigten, angenommen eine militärische Räumung des Ruhrgebietes findet statt, das wirtschaftliche Pfand beizubehalten und eine wirtschaftliche Räumung des Ruhrgebietes nur im Verhältnis zum Eingang deutscher Zahlungen durchzuführen. Wenn die französische Auffassung nicht fallen gelassen werde, so werde dies unvermeidlich zu einem ernsten Meinungsstreit zwischen Frankreich auf der einen, Großbritannien und Amerika auf der andern Seite führen.

Rechberg über das Gutachten.

Paris, 14. April.

Das „Journal des Débats" veröffentlicht einen Brief des deutschen Industriellen Rechberg, worin dieser erklärt, daß der Sachverständigenplan an einem grundlegenden Uebel krankte: die Sachverständigen hätten nicht daran gedacht, daß Obligationen sozusagen unverkäuflich seien. Besonders die amerikanischen Kapitalisten würden sich nicht dazu verstehen, geldverzinsliche Obligationen zu kaufen, während sie sich durch den Ankauf von Industriepapieren weit höhere Einnahmen sichern könnten. Es fehle den Obligationen außerdem an genügenden Sicherheiten. Wenn die Reichseisenbahnen seit einiger Zeit Ueberschüsse aufwiesen, so sei dies nur deshalb der Fall, weil ihr Material schon seit längerer Zeit nicht mehr erneuert worden sei. Wenn dies vielleicht wieder geschehen würde, so sei es fraglich, ob beim Betrieb der Reichseisenbahnen genügend Ueberschüsse herauskämen. Es frage sich, wer im Falle ungenügender Sicherheiten die Obligationen zu garantieren hätte. Das könnte nicht durch das Reich geschehen, dessen Garantien in der Welt nicht als genügend angesehen würden. Weiter erachtet es Rechberg als unmöglich, daß der vorgesehene Obligationenbetrag in der Welt untergebracht werden könne. Nicht einmal vor dem Kriege hätte man für 16 Milliarden Obligationen unterbringen können, geschweige denn jetzt. Die Obligationen wären nur verkäuflich, wenn sie durch die französische und die englische und womöglich auch durch die amerikanische Regierung garantiert würden. Wenn dies aber geschehe, so bestehe Gefahr dafür, daß die Obligationen im Falle ihres Versagens in Teilbaberscheine umgewandelt würden, wodurch Deutschland an das Ausland verkauft würde.

Die Deutschnationalen beim Reichskanzler.

Die Deutschnationalen hatten sich für gestern abend beim Reichskanzler angemeldet, um über die Frage des Sachverständigenberichtes zu verhandeln. Dazu teilt die Parteileitung mit: Nachdem am Sonnabend bekannt geworden war, daß die Reparationskommission Vertreter der deutschen Regierung zu den Sachverständigengutachten zu hören beabsichtigt, hat die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei sogleich bei der Reichsregierung dagegen Einspruch erhoben, daß diese Reichsregierung, die nicht mehr auf einen Reichstag sich zu stützen in der Lage sei und das Vertrauen des deutschen Volkes nicht mehr besitze, sich irgendwie durch Erklärungen zu den Sachverständigengutachten gegenüber der Reparationskommission binde.

Verlängerung der Micum-Verträge um zwei Monate.

Bis auf die Unterschriften fertiggestellt.

Düsseldorf, 14. April.

In der heute fortgesetzten Verhandlung mit der Micum konnte in allen offenen Fragen eine Einigung erzielt werden, sodaß der Vertrag über die Verlängerung des bisherigen Abkommens um zwei Monate bis auf die Unterschriften fertiggestellt ist. Die Verhandlungen dauerten bis gegen 6 Uhr.

Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete bekanntlich der Vorschlag der Sachverkommission über die Finanzierung der Sachlieferungen des Bergbaues nach dem 15. April, die dem Bergbau unter den bisherigen Verhältnissen nicht mehr möglich ist. Nach den Vorschlägen der Sachverständigen soll Deutschland ja eine internationale Anleihe erhalten, aus der die deutschen Sachleistungen bezahlt werden sollen. Der Bergbau wünschte nun die Zusicherung, daß aus dieser Anleihe auch die Lieferungen des Bergbaues nach dem 15. April später mit rückwirkender Kraft bis zu diesem Datum finanziert werden. Nur unter dieser Voraussetzung würde der Ruhrbergbau in der Lage sein, die sich aus den Micumverträgen für ihn ergebenden Lasten weiterhin zu tragen bzw. die hierzu erforderlichen Kredite weiter zu beschaffen. Nachdem nun die Reparationskommission inzwischen beschlossen hatte, den alliierten Regierungen die Annahme der Sachverständigengutachten zu empfehlen, worin sie eine Grundlage für eine rasche Lösung des Reparationsproblems sieht, ist wenigstens eine vorläufige Lösung der Reparationsfrage und damit auch die Verwirklichung des Anleiheprojektes zur Finanzierung der Sachleistungen in etwas greifbarere Nähe gerückt als bisher. Unter diesen Umständen waren die heutigen Verhandlungen der Sachverkommission mit der Micum einigermaßen erleichtert, da die Möglichkeit, die zwischen den beiderseitigen Auffassungen bestehenden Differenzen zu überbrücken, durch die Stellungnahme der Reparationskommission größer geworden war. Nach dem obigen Telegramm hat sich erfreulicherweise die Hoffnung erfüllt, daß die Verhandlungen noch vor dem 15. April, dem Tage des Ablaufs der bisherigen Verträge, zum Abschluß gebracht werden können.

Die Militärkontrolle.

Die Botschafterkonferenz beschäftigte sich noch nicht mit der deutschen Note.

Paris, 14. April.

Die Meldung einiger Pariser Abendblätter, daß die Botschafterkonferenz sich in ihrer heutigen Sitzung mit der deutschen Note über die Militärkontrolle in Deutschland beschäftigt habe, ist unzutreffend. Eine Diskussion über diese Frage konnte nicht eingeleitet werden, da der englische Botschafter noch nicht die Instruktionen seiner Regierung erhalten hat.

Französische Angst vor einer deutschen „Ueberfallofensive".

Paris, 14. April.

Der Korrespondent des „Temps" in Wiesbaden, Guillerdville, der von jeher durch seine Deutschfeindlichkeit hervorgetreten ist, behauptet, aus sicherer Quelle erfahren zu haben, daß die militärischen Kreise von Berlin für den Fall eines nationalistischen Volkstages in Deutschland Vorbereitungen treffen. Man glaube, daß in diesem Falle der Versailler Vertrag verleugnet und ein offener Widerstand gegen die französisch-belgische Zwangspolitik proklamiert werde. Durch eine Verordnung würde der obligatorische Militärdienst wieder eingeführt und eine Ueberfallofensive gegen Frankreich in Szene gesetzt. Als Beweis für diese Behauptung führt der Korrespondent allerhand Informationen über angebliche militärische Vorbereitungen und geheime Manöver, sowie Erziehung der Jugend für den Kriegsfall an.

Marschall Haigh empfiehlt Schießübungen.

EP London, 14. April.

Marschall Haigh hielt bei der Jahresversammlung des Verbandes englischer Schützenvereine eine Ansprache, worin er erklärte, er könne der englischen Jugend nur empfehlen, sich mit Schießübungen zu beschäftigen. Der Bestand der englischen Armee sei schon in Friedenszeiten gerade groß genug, um den Bedürfnissen im Innern zu genügen. Wenn die neue Generation sich nicht mit Schießübungen für den Krieg vorbereite, so seien die überseeischen Besitzungen Englands in einigen Jahren einem Handstreich irgend eines kühnen Feindes ausgesetzt.

Rücktritt des dänischen Kabinetts.

Kopenhagen, 14. April.

Staatsminister Neergaard reichte heute mittag die Demission des Kabinetts ein, die vom König angenommen wurde. Der König beauftragte die Minister, die Geschäfte einstweilen weiterzuführen. Stauning, der Führer der Sozialdemokraten, ist für heute nachmittag zum König berufen worden.

Ein neues Kabinett Stauning.

Der König beauftragte Stauning mit der Bildung des neuen Ministeriums. Stauning erklärte sich dazu bereit.

Die Ruhrfrage im Unterhaus.

Macdonald will sich nicht erklären.

London, 14. April.

Das konservative Mitglied Becker fragte den Premierminister, ob er eine Erklärung über die Haltung der Regierung gegenüber der französischen und belgischen Ruhrbesetzung geben könne. Macdonald erwiderte: Während im Anschluß an die Veröffentlichung der Sachverständigenberichte Erörterungen im Gange seien, wolle er lieber jede Erklärung über eine derartige Frage verschieben. Becker fragte weiter, ob die Regierung die Besetzung des Ruhrgebiets durch Frankreich und Belgien als nach dem Versailler Vertrag gerechtfertigt ansehe. Es erfolgte keine Antwort.

London, 14. April.

„Manchester Guardian" befaßt sich in einem Leitartikel mit dem von der Londoner Organisation „Die Freunde Frankreichs" unternommenen Festzug gegen die „Legende über die schwarzen Truppen" und hält demgegenüber hervor, wie sehr die Rheinlande, die voll von afrikanischen Truppen sind, unter dieser Demütigung leiden. Der Rheinländer empfindet es als einen Skandal und eine Erniedrigung, daß die Hut seiner alten Kathedralen und Universitätsstädte Afrikanern anvertraut wird.

Verschobene und unterschlagene Ruhrkohle.

EP Paris, 14. April.

Das „Echo National" stellt heute eine Reihe Fragen an den Verkehrsminister, die darauf schließen lassen, daß eine Skandalaffäre bezüglich der Reparationskohle bevorsteht. Die Zeitung behauptet, daß ein Teil der Reparationskohle von dem Organismus, der mit der Verteilung beauftragt wurde, nach dem Ausland verkauft worden sei. Ferner seien aus den Erträgen der Domänengruben der Ruhr 100000 Tonnen Kohlen unterschlagen worden.

Ein neues französisches Gewalturteil.

Mtd Kaiserslautern, 14. April.

Das französische Militärpolizeigericht verurteilte die beiden Schutzleute Mei und Schneider aus Kaiserslautern, die am 14. Februar auf Befehl des Bürgermeisters Gürsch zu dessen Begleitung im Auto mit nach Speyer fuhren, zu zweieinhalb Monaten Gefängnis. Die Anklage gründet sich darauf, daß die beiden Schutzleute ebenso wie die übrige Polizei dem Befehl des französischen Bezirkskommandanten unterstanden hätten und daher zu dieser Fahrt der Erlaubnis der französischen Behörden bedurft hätten.

Der Landesrat für das Saargebiet.

Dem Einspruch gegen die Wahlen stattgegeben.

Mtd Saarbrücken, 14. April.

Wie wir erfahren, hat der Verwaltungsausschuß für das Saargebiet dem Einspruch des Saarbundes und der sogenannten Schmollpartei (Haus- und Grundbesitzer) gegen die Gültigkeit der am 27. Januar dieses Jahres stattgefundenen Wahlen zum Landesrat für das Saargebiet stattgegeben und den größten Teil des kombinierten Stimmzettels für ungültig erklärt. Bekanntlich ist es den Parteien durch Abgabe kombinierter Stimmzettel gelungen, die durch die Ausführung des freien Listensystems von der Regierungskommission heraufbeschworene Gefahr der Verhinderung der Mandatserlangung führender Persönlichkeiten abzuwehren. Zu diesem Zwecke wurden in größerem Umfange kombinierte Stimmzettel für die Zentrumspartei und die bewährte saarländische Volkspartei herausgegeben. Da die Wahl als solche nicht für ungültig erklärt wird, besteht die Gefahr, daß die führenden Persönlichkeiten des Zentrums und der Volkspartei ihre Mandate verlieren.

Der Untergang der Sozialdemokratie.

Von

Erich Faese.

Zeiten der Not sind Zeiten der Prüfung, einer strengeren und härteren Prüfung, als sie sonst dem Menschen auferlegt wird. Wer vor dem Volk des Schicksals nicht besteht, bekommt eine letzte Frist zur entscheidenden Wandlung. Ist sie ungenutzt verflossen, so wird der Stumme und Unschlüssige genau so verurteilt wie der verstockte Verbrecher.

Die Notzeit, die uns heutigen Deutschen auferlegt ist, wird noch manchen Menschen und manches Menschengebilde vor ihren Richterstuhl fordern — jetzt ist es das Sozialdemokratie, über die das Schicksal, das deutsche Schicksal, seinen Spruch fällt.

*

Die Sozialdemokratie war mehr als eine Partei. Sie gab sich als die große Erneuerin unserer Zeit, als Erringerin einer neuen Heilsbotschaft, als Trägerin der großen Idee der Brüderlichkeit und Kameradschaft. Dieses Pathos hob sie über die anderen Parteien hinaus und brachte ihr die besten ihrer Anhänger.

Doch dieses Pathos war nur der eine Teil ihres Wesens. Der andere war kühle, nüchterne Berechnung. Man setzte die Brüderlichkeit nicht an den Anfang, sondern ans Ende des Weges, nicht in die Gegenwart, sondern in die Zukunft, man erzog nicht zur Brüderlichkeit, sondern versprach sie. Einstweilen tat man in ihrem Namen das Gegenteil. Man erzog zum Haß, und man peitschte die materiellen Instinkte auf. Man gab sich dem Wahn hin, ein materialistisches Zeitalter mit materialistischen Mechanismen überwinden zu können, ein Reich der Liebe auf den Gefühlen des Hasses und des Neides zu errichten. Man bewies damit nur, daß man ein echtes Kind dieses materialistischen Zeitalters war.

Materialistisch war die Gleichgültigkeit, ja Feindseligkeit, die man gegenüber den tieferen Kräften des eigenen Volkscharakters hegte. Materialistisch war die Verächtlichmachung der zweitausendjährigen Geschichte der Vorfahren als „Geschichte von Klassenkämpfen". Materialistisch war der farblose Internationalismus, den man an die Stelle einer gesunden Besinnung auf das deutsche Volkstum setzte.

*

Solcher Gottesverfassung verfiel die deutsche Arbeiterschaft. Als jüngster, eben erst geborener Stand hatte sie nicht so viel Eigenkraft angesammelt, um sich selbst die Idee ihres Standes zu geben, eine Idee innerhalb der Idee ihres Volkes. So wurde sie eine leichte Beute der Ideologie bürgerlicher Ueberläufer. Die Arbeiterschaft selbst trifft kein Vorwurf. Alle Verantwortung lastet auf ihren Führern, die, statt dem jungen Stande das Hineinwachsen in sein Volk zu erleichtern, eine Schranke des Mißverständnisses und des Ressentiments zwischen ihm und den besten Schichten der älteren Stände aufrichteten.

*

Die große Prüfung kam: der Krieg zweier Erdteile gegen das deutsche Volk. Der vierte August brachte das Bekenntnis der sozialdemokratischen Führer zur Nation, und fast schien es, als würden sie der Not ihres Volkes gerecht werden, als würden sie und mit ihnen das deutsche Volk die Prüfung bestehen — trotz demagogischer Verganntheit und agitatorischer Schuld, Klassenkampfgedanken und Materialismus. Es lag in ihrer Hand. Doch sie versagten. Nicht als die Einzigen, aber als die Wichtigsten. Langsam brödelte der Verteidigungswille ab, langsam gewannen die alten Ideologien die Oberhand. Die unentwegten, durch keinerlei Vaterlandsliebe angekränkelten Klassenkämpfer gründeten die Unabhängige Partei.

*

Im Augenblick höchster Not des Landes kam das, was man Deutsche Revolution nannte, von den Unabhängigen gewollt und vorbereitet, von Ebert und Scheidemann gefürchtet und doch für sich in Anspruch genommen. Es kam der völlige Zusammenbruch eines ganzen Volkes. Ein großer Schreck und eine völlige Willenslosigkeit, bis hinüber zur äußersten Rechten. Alles blickte gebannt auf die sozialdemokratischen Führer — Deutschland war in ihre Hand gegeben . . .

Ein rasches Erfassen der nationalen Situation, ein Hinderstickverfen der Vergangenheit, ein tapferer beherzter Griff in die Wirklichkeit: das ganze Volk hätte ihnen zugejubelt. Es hätte wieder ein nationales Rückgrat gehabt. Die Sozialdemokratie hätte monate- und jahrelang ohne Parlament regieren können.

Nichts geschah. Es wurde wieder nur geredet, gestritten, gerechtfertigt. Dieses Versagen war schlimmer als das im Kriege. Schlimmer in seinen Gründen und schlimmer in seinen Wirkungen. Für das Volk bedeutete es